

Polen

Kai-Olaf Lang

Polens Europapolitik wurde im vergangenen Jahr geprägt durch drei wesentliche Faktoren: die näher rückende Ratspräsidentschaft, die das Land im Juli 2011 übernahm, den einsetzenden Wahlkampf für die im Oktober 2011 abgehaltenen Parlamentswahlen und dem Bestreben, der Entstehung eines EU-Kerns infolge der Verschuldungskrise in der Eurozone entgegenzutreten. Polen wollte dabei optimistisch, stabil und gemeinschaftstreu handeln: In einer Periode der Zweifel an der EU sprach sich Polen für „mehr Europa und mehr europäische Integration“ als Antwort auf die um sich greifende Krise aus.¹ Gleichzeitig präsentierte sich Polen als wirtschaftlich erfolgreiches und haushaltspolitisch solides Land des europäischen Nordens. Vor allem aber verstand sich Polen als Hüterin des Gemeinschaftsprinzips und einer inklusiven, also gegen die Entstehung von privilegierten Gruppen innerhalb der Union angelegten Integration.

Innenpolitik: Von Tusk zu Tusk

Die Regierung Tusk agierte spätestens seit Ende 2010 unter dem Eindruck der für den Herbst 2011 anstehenden Parlamentswahlen. Man werde, so Tusk um die Jahreswende 2010/2011, im kommenden Jahr nicht mit „radikalen Ideen“ aufwarten und Polen durch die Krise führen, ohne dass den Menschen das Leben ruiniert werde.² Obwohl noch einige Teilreformen umgesetzt wurden (beispielsweise wurde im kombiniert öffentlich-privaten Rentenversicherungssystem die staatliche Komponente gestärkt), praktizierte Tusk einen Kurs des moderaten Wandels. Tusk rückte sich und seine Partei, die liberalkonservative Bürgerplattform, damit deutlich in die Mitte: Nicht mehr konsequenter Marktliberalismus, sondern eine empathische, menschengerechte Modernisierungspolitik sollte das Markenzeichen der Bürgerplattform und der Regierung Tusk sein. Hierdurch und durch das Image Tusks als Garant von Stabilität und Kontinuität gelang es dem Premierminister und PO-Chef, die Chancen seiner innenpolitischen Konkurrenten deutlich zu reduzieren. Die wichtigste Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und ihr Vorsitzender Jaroslaw Kaczynski blieben demgegenüber ratlos. Auch wenn Kaczynski, wie schon bei den Präsidentschaftswahlen von 2010, wieder einen „sanften“ Wahlkampf betrieb, war er nicht in der Lage, das Bild des konfrontativen und aggressiven Politikers zu korrigieren. Ohne Vertrauenskapital und ausreichende wirtschaftliche Expertise war die PiS kein wirklicher Herausforderer für Tusk, im Land kam keine Wechselstimmung auf. Die Wahlen vom 9. Oktober endeten denn auch mit einem klaren Sieg für Donald Tusk und seine Koalition aus PO und Bauernpartei (PSL), während der PiS mit einem Stimmanteil von unter 30% klare Grenzen aufgezeigt wurden. Die eigentliche Überraschung der Wahlen war in Anbetracht des vielfach erwarteten Durchmarschs der Regierung Tusk das gute Abschneiden der neugegründeten Bewegung von Janusz Palikot.

1 So Premierminister Tusk in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament; Wystąpienie premiera Donalda Tuska w Parlamencie Europejskim z okazji objęcia przez Polskę przewodnictwa w Unii Europejskiej, 06.07.2011, www.kprm.gov.pl.

2 Tusk: Przeprowadzimy Polskę przez kryzys bez rujnowania ludziom ich życia, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 30.12.2010, www.polskatimes.pl.

Diese hatte vor allem auf Kirchenkritik und das Eintreten für sexuelle Minderheiten gesetzt und erhielt über 10% der abgegebenen Stimmen. Hinter dem Erfolg Palikots stehen Veränderungen der polnischen Gesellschaft, zu denen etwa die Entstehung neuer säkularer Schichten gehört, aber auch eine neuerliche Diskussion über die Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben.

Parlamentswahlen 2011: Ergebnisse der Wahlen zum Sejm

Partei	Stimmenanteil	Sitze
Bewegung Palikot (RP)	10,02%	40
Polnische Bauernpartei (PSL)	8,36%	28
Allianz der Demokratischen Linken (SLD)	8,24%	27
Bürgerplattform (PO)	39,18%	207
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	29,89%	157
Deutsche Minderheit	0,19%	1

Quelle: Staatliche Wahlkommission www.pkw.gov.pl.

Im Zeichen der Präsidentschaft

Polens Europapolitik stand im Jahr vor der erstmaligen Übernahme des Ratsvorsitzes in der EU stark im Zeichen der nahenden Präsidentschaft. Bei der inhaltlichen Vorbereitung wurden die schon im Juli 2010 präsentierten vorläufigen Prioritäten der Ratspräsidentschaft spezifiziert und modifiziert. Der für die Koordinierung der Präsidentschaft zuständige Europastaatsminister Dowgielewicz wies früh darauf hin, dass die Aufgaben des Vorsitzes einerseits von „der Agenda und dem Zyklus der politischen Prozesse“, andererseits vom Arbeitsprogramm der Kommission bestimmt seien. Dazu komme die Wirtschafts- bzw. Eurozonenkrise als überragendes Kontextthema. Derlei Äußerungen zielten nicht zuletzt darauf ab, die hohen Erwartungen, die an die polnische Präsidentschaft herangetragen wurden, abzuschwächen.³

Das offizielle Programm der polnischen Ratspräsidentschaft war schließlich in drei große Schwerpunktbereiche, nämlich Wachstum, Sicherheit und Offenheit gegliedert.⁴ Diese in sich notwendigerweise heterogenen Prioritätencluster integrierten die aus der politischen Agenda der EU und den europäischen Gesetzgebungsabläufen resultierenden Pflichtaufgaben einerseits und polnische Vorrangthemen andererseits. Die Kernelemente dieser Mischung waren die Revitalisierung des Binnenmarktes, die Gespräche über den Mehrjährigen Finanzrahmen für den EU-Haushalt nach 2013, die Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Stärkung der externen Dimension der europäischen Energiepolitik sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik und insbesondere die Beziehungen zu den Partnerländern in Osteuropa und im Südkaukasus im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“. All diese Themen (wie auch der Wunsch nach einer besseren Nutzung von intellektuellem Kapital in der EU) waren schon in der Liste vorläufiger Prioritäten von 2010 enthalten. Dies zeugt – trotz einiger Akzentverschiebungen bis hin zum definitiven Programm – von einer hohen Kontinuität im Prozess des präsidentschaftsbezogenen Zielsetzungsverfahrens.

3 Informacja ministra spraw zagranicznych na temat wstepnych priorytetów i programu polskiego przewodnicztwa w Radzie Unii Europejskiej w II polowie 2011 roku oraz wystapienie przewodniczacego Komisji do Spraw Unii Europejskiej, 80. Sitzung des Sejm der 6. Legislaturperiode, 14.-16.12.2010, S. 88, <http://orka2.sejm.gov.pl>.

4 Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, 1. Juli 2011-31.12.2011, <http://pl2011.eu>.

Vor dem Hintergrund dieser Themenschwerpunkte ging Polen mit der Philosophie in die Präsidentschaft, in der sich drei Ziele treffen und die man als ambitionierten Realismus bezeichnen könnte: Polen wollte formativen Einfluss in der EU ausüben. Polen wollte Verhandlungs- und Abstimmungssituationen als unparteiischer Makler mit Blick auf das große Ganze konstruktiv auflösen. Und Polen wollte „handwerklich“ professionell handeln, wohlwissend, dass Erstlingspräsidentschaften auch als Test für die „Europafähigkeit“ eines Mitgliedstaates und seiner Administration gewertet werden. Polen gedachte hierbei auch, durch den Ratsvorsitz als „verantwortungsvoller und berechenbarer Staat“ gesehen zu werden (Donald Tusk). Überdies setzte man sich zum Ziel, durch die Präsidentschaft seine Position als „Akteur der ersten Liga in der Union“, als „regionaler Leader“, als wirtschaftlich erfolgreiches Land, als „solider und solidarischer Staat“ sowie als Land, das Freiheit und Demokratie unterstützt (so Außenminister Radek Sikorski) aufzuwerten.⁵

Stabilisierung der Eurozone und polnische Befürchtungen

Die Erschütterungen in der Eurozone stellten auch für das Nicht-Euroland Polen eine wachsende Herausforderung dar. Hierbei standen drei Befürchtungen im Vordergrund. Erstens nahm die Sorge zu, dass in der Eurozone eine wirtschaftliche Talfahrt einsetzen könnte, von der Polen aufgrund seiner intensiven Verflechtung mit der 17er-Gruppe unmittelbar betroffen wäre. Zweitens rechnete man damit, dass aufgrund intensiverer wirtschafts- und finanzpolitischer Koordinierung in der Eurozone immer mehr Entscheidungen getroffen würden, die für Polen spürbare Konsequenzen zeitigen, an deren Zustandekommen Warschau aber nicht beteiligt ist. Und drittens, argwöhnte man, dass „das unselige Projekt vom Europa der zwei Geschwindigkeiten“ näherkomme und ein Teil der Gemeinschaft „ausgesperrt“ werden solle.⁶ Polen forderte daher beharrlich eine frühe und weitgehende Einbindung von Nicht-Euro-Staaten in die Diskussionen der 17. Als Richtungsentscheidung, um „im Mainstream der EU zu verbleiben“, schloss sich Polen dementsprechend auch dem Euro-Plus-Pakt an.⁷ Im Zuge der Übernahme der Ratspräsidentschaft wollte Polens Finanzminister Rostowski als Vorsitzender des ECOFIN-Rates auch an den Sitzungen der Eurogruppe teilnehmen – ein Ansinnen, das aber am Widerstand v.a. Frankreichs scheiterte. Bei alledem wendet sich Polen nicht gegen eine verbesserte finanzpolitische Abstimmung in der Eurozone. Die EU müsse vielmehr zwei große politische Erfordernisse miteinander vereinbaren – eine verstärkte wirtschaftliche Koordinierung und die Integration der gesamten EU.⁸ Nach den deutsch-französischen Vorschlägen zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung vom August 2011 sprach Ministerpräsident Tusk von „armseligen Effekten“ und davon, dass die polnische Präsidentschaft härtere Entscheidungen erwarte.⁹ Überdies möchte man – ausgehend von einer stabilitätsorientierten Finanzkultur – die Gesundung von Wirtschaft und öffentlichen Haushalten in der Eurozone und der ganzen EU flankieren. So wurde der von der polni-

5 Vgl. Informacja Rady Ministrów na temat priorytetów polskiej prezydencji w związku ze sprawowaniem w okresie 1 lipca – 31 grudnia 2011 r. przewodnictwa w Radzie Unii Europejskiej, 95. Sitzung des Sejm der 6. Legislaturperiode, 28.6.2011, S. 34ff., <http://orka2.sejm.gov.pl>.

6 „Sie ist die Vordenkerin“, Interview mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, in: Die Welt, 16.12.2010.

7 So Premier Tusk; vgl. Pakt Euro Plus z Polska, Meldung des Portals Euractiv.pl vom 28.03.2011, www.euractiv.pl.

8 So Premier Tusk; vgl. Bruksela: premier Tusk przybył na szczyt UE, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 26.10.2011, www.onet.pl.

9 Tusk: nie bedziemy wmawiali, że życie w kryzysie jest łatwe, in: Gazeta Wyborcza, 19.08.2011, <http://wyborcza.biz>.

schen Präsidentschaft bewerkstelligte Abschluss der Verhandlungen über den sog. Six-Pack von Finanzminister Rostowski als Basis für ein künftiges System der Wirtschaftsregierung bezeichnet.¹⁰ Dem Begehren nach einer Involvierung in Eurozonen-Debatten versuchte Polen unter anderem dadurch Nachdruck zu verleihen, dass es die Gruppe der beitragswilligen „Freunde des Euro“ zusammenbrachte, die zusammen die Forderung nach „gemeinschaftlichen Lösungen“ bei der Festigung der Gemeinschaftswährung erhoben.¹¹

Vermittlung und Interessenwahrung: Polen und der Mehrjährige Finanzrahmen

Die Gespräche über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU bildeten sowohl einen Schwerpunkt der Präsidentschaft als auch ein Kernthema der polnischen Europapolitik. Zu den wichtigsten Ereignissen der Ratspräsidentschaft gehörte daher eine im Oktober 2011 abgehaltene Haushaltskonferenz, an der u.a. auch Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament und aus den Mitgliedstaaten teilnahmen, um so frühzeitig die parlamentarische Dimension in den Verhandlungsprozess einzubeziehen. Warschau befand sich beim Thema Haushalt in einem Spannungsfeld zwischen der immer wieder betonten „neutralen“ Maklerrolle des Vorsitzes und der Wahrung seiner nationalen Interessen. Die polnische Regierung unternahm hierbei den Versuch, ungünstige Weichenstellungen im Vorfeld und während des Vorsitzes zu verhindern, und wies gleichzeitig darauf hin, dass die eigentlichen Verhandlungen erst während der Folgepräsidentschaften stattfinden würden. In diesem Kontext unterstrich Europastaatsminister Dowgielewicz, dass die Diskussion um Zahlen vor allem in das Jahr 2012 fallen werde.¹² Polen gab gleichwohl zu verstehen, woran es ein Interesse hat: etwa an der Beibehaltung eines „großen Budgets“ oder an der Fortführung der Kohäsionspolitik nach traditionellem Muster. Mitte Mai 2011, also kurz vor der Übernahme der Präsidentschaft, kamen daher auf polnisches Betreiben die „Freunde der Kohäsionspolitik“ in Warschau zusammen.¹³ Regelmäßig betonten polnische Politiker, dass der EU-Haushalt und insbesondere die Strukturpolitik ein hervorragendes Instrument zur Generierung von Wachstum gerade in Krisenzeiten seien.¹⁴ Gleichwohl herrschte in Polen vielfach der Eindruck, dass die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise die Verhandlungen über den MFR belasten würde. Derlei Skepsis wurde bekräftigt durch Äußerungen wie die von Haushaltskommissar Lewandowski, der auf steigende Verpflichtungen von Nettoszahlerländern durch die Eurozonen-Hilfspakte hinwies und von einer für Polen äußerst „ungünstigen Rahmenbedingung“ sprach.¹⁵

Ostpolitik: Annäherung an Russland, Realismus in der Östlichen Partnerschaft

Polens Regierung verfolgte – trotz scharfer Kritik durch die nationalkonservative Opposition – weiterhin eine Politik der kooperativen Annäherung an Russland. Zu den vorläufigen Höhepunkten dieses Prozesses gehörte der Besuch des russischen Staatspräsidenten Medve-

10 „Szesciopak” przyjęty. Rostowski: zaczynamy osiagac sukcesy w walce z kryzysem; Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 16.9.2011, www.gazeta.pl.

11 UE: Wspólny front krajów spoza euro wobec propozycji Paryża i Berlina, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 12.9.2011, www.onet.pl.

12 Dowgielewicz: Tusk może zapewnić przywództwo w UE, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 27.06.2011, www.wyborcza.pl.

13 Dieser Gruppe gehören die Mitgliedstaaten aus dem Ostteil der EU sowie Italien, Griechenland und Portugal an; vgl. Biedakcoalicja w Warszawie, in: *Gazeta Wyborcza*, 12.05.2011, www.wyborcza.pl.

14 Die polnische Ministerin für Regionalentwicklung erklärte etwa, dass die Hälfte des polnischen Wachstums auf europäischen Geldern beruht habe; vgl. *Polityka spójności to nie fanaberia ubogich*, Interview mit Elżbieta Bienkowska, in: *Gazeta Wyborcza*, 14.05.2011.

15 Janusz Lewandowski: Unia się nam rozdwa, Interview mit J.L., *Wirtualny Nowy Przemysł*, 01.06.2011, www.wnp.pl.

dev in Warschau Anfang Dezember 2010. Beim Zusammentreffen mit dem polnischen Amtskollegen Komorowski wurde von diesem insbesondere der Fortschritt im Dialog zu strittigen historischen Fragen gelobt. Komorowski sprach in diesem Zusammenhang von einem „neuen Kapitel“ in den beiderseitigen Beziehungen.¹⁶ Gleichzeitig wurden mehrere Kooperationsfelder genannt, auf denen Polen und Russland enger als bisher zusammenarbeiten könnten. Namentlich der wirtschaftliche Austausch und die Beziehungen im Energiesektor wurden hierbei als perspektivisch betrachtet. Bei alledem blieb Warschau aber Befürworter einer konsequenten Russlandpolitik der EU. Die von der EU flankierte Modernisierung Russlands müsse ein Gesamtpaket sein, die nicht nur Technologietransfer, sondern auch das Rechtssystem, die Verwaltung und den Schutz der Menschenrechte umfasse.¹⁷

Mit Blick auf die Östliche Partnerschaft und die Beziehungen zu den direkten, gleichsam zwischen der EU und Russland gelegenen Nachbarn der EU führte Polen seinen Ansatz des realistischen Engagements fort. Insbesondere die Entwicklungen in der Ukraine, für die sich Polen traditionell als dem Schlüsselland in der östlichen Nachbarschaft eingesetzt hatte, verfestigten in Warschau ein Gefühl der Skepsis und der Nüchternheit, das sich bereits in den Jahren zuvor verbreitet hatte. Ungeachtet des mangelnden Reformwillens und mannigfacher Verletzungen demokratischer und rechtsstaatlicher Standards (allen voran der Prozess gegen die Ex-Regierungschefin Tymoschenko) unterstützte Polen – bei deutlicher Verurteilung dieser Fehlentwicklungen – weiterhin die Heranführung der Ukraine an die EU. Als Ratsvorsitz setzte sich Polen dafür ein, die Verhandlungen über das „tiefe und umfassende Freihandelsabkommen“ der EU mit der Ukraine zu finalisieren und dann noch Ende 2011 das – mit dem Freihandelsvertrag verkoppelte – Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Dabei signalisierte Warschau aber unmissverständlich, dass ohne die Rückkehr der Ukraine zu demokratischen Reformen die sich anschließende Ratifizierung des Assoziierungsabkommens kaum erfolgreich enden werde.¹⁸

Im Einklang mit den meisten Mitgliedstaaten der EU verurteilte auch die polnische Regierung das brutale Vorgehen des Lukaschenko-Regimes nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus Ende 2010. Jenseits einer Politik der Sanktionen suchte Warschau aber nach anderen Wegen, um den Kontakt vor allem mit der belarussischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Anfang Februar initiierte das polnische Außenministerium daher eine internationale Konferenz, bei der unter dem Motto „Solidarität mit Belarus“ u.a. zusätzliche Hilfen für die Zivilgesellschaft organisiert wurden. Wie begrenzt die Möglichkeiten sind, zeigte sich dann wieder anlässlich des Warschauer Gipfels der Östlichen Partnerschaft. Zu diesem hatte die polnische Regierung den Außenminister von Belarus eingeladen, der dem Treffen aber fern blieb.¹⁹

Angesichts der Situation in der Ukraine und in Belarus, aber auch in Anbetracht der Umbrüche in der arabischen Welt war der Gipfel der Östlichen Partnerschaft (ÖP) ein schwieriges Unterfangen, bei dem es nicht wirklich möglich war, große Impulse zu geben. Polen musste bei wachsender Frustration über die ÖP-Länder und gestiegenem Interesse an der südlichen Nachbarschaft versuchen, die ÖP zu konsolidieren und die bilateralen

16 Wizyta Miedwiediewa. Ostroznie do przodu, in: Gazeta Wyborcza, 06.12.2010, www.wyborcza.pl

17 So Europastaatssekretär Dowgielewicz, 203. Sitzung des EU-Ausschusses im polnischen Sejm vom 27.10.2010, Bulletin Nr. 4310/VI, <http://orka.sejm.gov.pl>.

18 Vgl. Sikorski i Westerwelle zaniepokojeni wyrokiem dla Tymoszenko, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 12.10.2011, www.wyborcza.pl.

19 Außenminister Sikorski wertete dies als weiteren Schritt zur Selbstisolierung Minsk; Sikorski o nieobecności szefa MSZ Białorusi na szczycie Partnerstwa Wschodniego, in: Gazeta Prawna, 29.09.2011, www.gazeta-prawna.pl.

Vertragsverhandlungen mit der Ukraine voranzubringen, mit der man als erstem Partnerland ein Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollte. Polen drängte vor diesem Hintergrund vor allem auf drei Punkte, die in die Schlusserklärung des Summits Eingang finden sollten: eine Art EU-Mitgliedschaftsperspektive, das Bekenntnis zu einer über die Assoziation hinausgehenden Offerte der wirtschaftlichen Integration sowie die klar formulierte Bereitschaft der EU, den Partnerländern nach Einhaltung bestimmter Bedingungen visa-freien Reiseverkehr anzubieten.²⁰ Die letztendlich formulierte Deklaration blieb aus polnischer Sicht hinter den Erwartungen zurück, auch wenn sich die Staats- und Regierungschefs auf einige interessante Einzelmaßnahmen einigten (wie einen Fonds für die Zivilgesellschaft oder einen Europäischen Demokratiefonds). Ministerpräsident Tusk brachte in einem sachlichen Resümee zum Ausdruck, dass angesichts der Lage in den Partnerländern und in der EU nicht mehr möglich gewesen sei.²¹

Gestaltungsfähigkeit und Abkopplung

Zwei grundlegende Tendenzen kennzeichneten Polens Europapolitik zwischen Herbst 2010 und Herbst 2011. Zum einen diversifizierte Polen seine europapolitische Themenpalette. Nach Jahren der „Spezialisierung“ auf Fragen der Ost- und Nachbarschaftspolitik erhielt die schon in den Vorjahren erkennbare Verbreiterung des Handlungsdispositivs auf eine Vielzahl von Politikfeldern zusätzliche Schubkraft. Dahinter standen die Vorbereitungen bzw. die Übernahme der Ratspräsidentschaft, vor allem die Brisanz der Verschuldungskrise in der Eurozone. Durch seine Binnenmarktagenda oder die Folgen von wirtschaftspolitischen Koordinierungsmaßnahmen in der EU aktivierte sich Polen zunehmend bei ökonomisch-finanziellen Kernfragen der europäischen Integration. Zum anderen setzte Polen seine Politik der Stärkung von bi- und multilateralen Beziehungen fort. Mit dem Schlüsselpartner Deutschland wurde im Juni 2011 ein ambitioniertes Kooperationsprogramm vorgelegt, das auch eine deutliche EU-Komponente fasst. Eine neue, an Substanz gewinnende Initiative ist der Dreieraustausch mit Deutschland und Russland. Im Mai 2011 kam es in Kaliningrad erstmals zu einem Treffen der Außenminister der drei Länder. Zusammen mit Deutschland und Frankreich gelang es, das Weimarer Dreieck vor allem in Bereichen wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Nachbarschaftspolitik zu vitalisieren – auch wenn einer Aufwertung dieses trilateralen Verbunds weiterhin französisches Zögern entgegenstand. Der im März 2011 mit Großbritannien, den skandinavischen und baltischen Ländern sowie den Niederlanden verfasste „Letter on Growth“ dürfte auch eine Reaktion auf die intensive deutsch-französische Abstimmung gewesen sein: Polen wollte signalisieren, dass Deutschland (und Frankreich) präferierte Partner in der EU sind, es aber themengebunden auch Alternativen gibt. Warschau Partnerschaftspolitik hatte aber auch Schranken. Bei der Ablehnung ambitionierter klimapolitischer Ziele der EU, der sog. Klima-Roadmap bis 2050, im Juni 2011 stand Polen, im Gegensatz zu früheren Situationen, bei denen Warschau eine Vielzahl von Verbündeten mobilisiert hatte, mit seinem Widerstand allein da. Insgesamt kennzeichnete sich Polens Position in der EU durch das Nebeneinander von zunehmender europapolitischer Gestaltungsfähigkeit und die partielle Abkopplung von zentralen Entscheidungsprozessen in der EU aufgrund seiner Nichtmitgliedschaft in der Eurozone.

20 Unijni szefowie MSZ w Sopocie: Proces Tymoszenko przeszkoda w akcesji, Ukraina niedemokratyczna, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 03.09.2011, www.gazetaprawna.pl.

21 Tusk: bedzie alokacja 150 mln euro przez UE na PW, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 30.09.2011, www.gazeta.pl.